

Putin stellt neuen Rekord im Bürger-Live-Talk auf

In seiner elften landesweit übertragenen Fernseh-Sprechstunde versprach Putin soziale Probleme zu lösen. Er stimmte die Menschen aber auch auf wirtschaftlich schwierigere Zeiten ein. Von der Einschränkung politischer Freiheiten könne keine Rede sein, behauptete der Kreml-Chef. Von Ulrich Heyden, Moskau

Mit einer vier Stunden und 47 Minuten dauernden Bürgersprechstunde <http://eng.kremlin.ru/news/5328> via Fernsehen stellte Wladimir Putin gestern einen neuen Rekord bei seinen Live-Talks mit dem Volk auf. Der Präsident beantwortet 85 Fragen, die per Telefon, über das Internet oder direkt per Live-Schaltung in russische Regionen oder vom Publikum im Fernseh-Studio gestellt wurden. Die Fragesteller waren offenbar sorgsam ausgewählt. Es kamen vor allem Wissenschaftler, Sportler, Soldaten, Rentner, Mütter und Agrar-Unternehmer zu Wort, also vorwiegend Personen, die auf staatliche Unterstützung hoffen.

Technisch-organisatorisch war die Talk-Show mit dem Präsidenten eine Meisterleistung. Das Call-Center des Präsidenten registrierte über dreieinhalb Millionen Anrufe. Doch der Aufwand ist wohl nötig, denn die Zeiten als Wladimir Putin noch von einer Welle der Popularität getragen wurde, sind seit 2008 vorbei.

Seit dem Krisenjahr 2008 steht Wladimir Wladimirowitsch bei den Russen nicht mehr für steigenden Wohlstand sondern nur noch für Stabilität. Nach einer Umfrage <http://www.levada.ru/11-04-2013/vladimir-putin-god-posle-izbraniya-prezidentom> des Lewada-Meinungsforschungs-Instituts hat sich die Zahl der Menschen, die zu Putin Vertrauen haben, in den vergangenen fünf Jahren von 84 auf 57 Prozent verringert. Die Anzahl der Menschen, die Putin nicht vertrauen, ist dagegen von zwölf auf 35 Prozent gestiegen.

Wachstum auf 0,9 Prozent gefallen

Die wirtschaftliche Lage ist schwieriger geworden, wie Putin in der Fernseh-Sprechstunde eingestand. Die Nachfrage nach Öl und Metallen auf dem Weltmarkt sei gesunken. In der russischen Regierung war bereits Anfang April Besorgnis geäußert worden, nachdem bekannt geworden war, dass das Wachstum des russischen Bruttoinlandsprodukt im Januar und Februar dieses Jahres auf 0,9 Prozent gefallen ist, von 4,3 Prozent im gleichen Zeitraum des Vorjahres. In der russischen Regierung ist bereits von einer „Wachstums-Pause“ die Rede http://www.vedomosti.ru/finance/news/10692941/zamedlenie_rosta_rossijskoj_ekonomiki_vyzyvaet_bespokoystvo#sel=8:30,10:24. Eine Rezession wird nicht mehr völlig ausgeschlossen.

Neu war Putins Eingeständnis, dass es in der Regierung unterschiedliche Meinungen über die Ursache des niedrigen Wachstums gibt. Einige Vertreter in der Regierung seien der Meinung, dass das nachlassende Wachstum nicht nur mit der internationalen Finanzkrise und der Euro-Krise zusammenhänge, sondern hausgemachte Probleme habe, meinte der Kreml-Chef.

Zu denjenigen, die vor allem die hausgemachten Probleme Russlands im Blick haben, gehört der im September 2011 wegen der massiven Erhöhung des Verteidigungshaushalts zurückgetretene Finanzminister Aleksej Kudrin, mit dem sich Putin während der Bürgersprechstunde einen freundschaftlichen Schlagabtausch lieferte. Kudrin sei zwar zweimal als „weltweit bester Finanzminister“ ausgezeichnet worden, lobte der Kreml-Chef den ex-Minister. Aber Kudrin sei „nicht der Beste in der Sozialpolitik“, ließ der Kreml-Chef

wissen. Überstürzte Sozial-Reformen, wie die Abschaffung von Sozial-Unterstützungen (Lgoty) <http://www.dw.de/aufstand-der-lgotniki/a-1461941> für Rentner und Schwerbehinderten im Jahre 2005, seien in Russland – einem Land mit „bescheidenen Einkommen“ – nicht durchführbar. Der Kreml-Chef stichelte weiter gegen die russischen Liberalen, als er erklärte, die Liberalen sollten doch versuchen, eine Partei zu bilden und mit der Forderung nach einer Erhöhung des Pensionsalters und einer Koppelung der Löhne an den Produktivitäts-Zuwachs Stimmen zu gewinnen.

Politische Freiheiten werden angeblich nicht eingeschränkt

Dass im Publikum drei bekannte Liberale saßen, ex-Finanzminister Kudrin und zwei Chefredakteure liberaler Medien, die auch zu Wort kamen, wirkte angesichts der Vielzahl der Frager aus dem einfachen Volk wie ein Alibi. Und als dann der Chefredakteur des liberalen Radio-Senders Echo Moskau <http://echo.msk.ru/> Aleksej Wenediktow feststellte, dass es in der russischen Innenpolitik Elemente von „Stalinismus“ gibt, spannten sich die Gesichtszüge von Putin unwillkürlich an. Wenediktow erwähnte den Prozess gegen den Blogger Aleksej Navalni <http://www.heise.de/tp/artikel/38/38950/1.html>, die seit Monaten laufenden Ermittlungen und Gefängnisstrafen wegen der Anti-Putin-Demo <http://www.heise.de/tp/blogs/8/151949> am 6. Mai letzten Jahres und die Verurteilung der Frauen von Pussy Riot <http://www.heise.de/tp/blogs/8/152604>.

Doch Putin bestritt, dass es politische Einschränkungen. Im Internet gäbe es Einschränkungen nur gegen Personen die „für Pädophilie und Selbstmord“ werben. Das Wirken der vom Westen finanzierten Nichtregierungsorganisationen bezeichnete der Präsident sogar als nützlich, weil die staatlichen Verwaltungen in der russischen Provinz sich oft nicht korrekt gegenüber den Bürgern verhalten. Nur eben müssten diese NGO's ihre Finanzierung offenlegen.

Putin als ruhender Pol

Der Kreml-Chef sieht sich gerne als ruhender Pol zwischen extremen Meinungen. Als einige Fragesteller erklärten, die Ermittlungen gegen Spitzenbeamte aus dem Verteidigungsministerium, die in Korruptionsfälle <http://www.nachdenkseiten.de/?p=15334> verwickelt sind, würden zu schleppend laufen, verteidigte Putin das Vorgehen der Ermittler. Diese müssten zunächst den Sachstand aufklären. Russland befinde sich nun mal nicht im Jahr 1937, erklärte der Kreml-Chef in Anspielung auf den Terror unter dem Diktator Stalin. Auch der Forderung nach der Wiedereinführung der Todesstrafe, die nach einem Amoklauf <http://de.ria.ru/crime/20130424/266000370.html> in der Provinzstadt Belgorod mit sechs Toten wieder aufgekommen war, wich der Kreml-Chef aus, erklärte jedoch, er werde darüber nachdenken, ob es sinnvoll ist, bei einer lebenslangen Freiheitsstrafe das Recht auf Begnadigung abzuschaffen.

Bevölkerung klagt zunehmend über schlechte Gesundheitsversorgung

Während der Bürgersprechstunde wurden über drei Millionen Fragen im Call-Center registriert. Die meisten Fragen betrafen soziale Probleme. Da erzählte ein Familienvater aus dem fernöstlichen Gebiet Primorje, der zusammen mit seiner Ehefrau 15 Kinder hat, davon nur drei eigene, dass es eine kostenlose medizinische Versorgung faktisch nicht mehr gibt. Um einen akuten Zahnschmerz zu beheben, habe er mit seiner Tochter in ein Privat-Klinik gehen und umgerechnet 125 Euro bezahlen müssen.

Und da fragte die Arzthelferin Natalia Osipowa, die sich im Winter auf dem Land durch hohe Schnee-Wehen kämpfen musste, um zu ihren Patienten zu kommen, warum sie nur umgerechnet 112 Euro im Monat verdient. Putin erklärte, „in vielen Regionen“ blieben die aus Moskau für den Gesundheitsbereich bestimmten Gelder in der örtlichen Verwaltung stecken und würden nicht an das medizinische Personal ausgezahlt. Die Zahl der Arzthelfer auf dem russischen Land sollte nach Plan eigentlich ausgeweitet werden, sei aber – wie er jetzt festgestellt habe - reduziert worden. Der Kreml-Chef versprach die Probleme mit der Gesundheitsversorgung in Provinz zu lösen. Über die Ursachen der Probleme sagte Putin nichts.